



## Niederschrift

### 51. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 30.05.2017
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:18 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

#### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

#### Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Frau Babette Reimers	SPD
Herr Lars Eichert	CDU/ANW
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis

#### Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Christian Kube	DIE aNDERE
---------------------	------------

#### sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE
Herr Frank Kulok	Bürgerbündnis
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten
Herr Bernd Putz	
Herr Christian Schirrholtz	DIE LINKE
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW
Herr André Tomczak	DIE aNDERE
Herr Rudi Wiggert	SPD

## **Beigeordneter**

Herr Bernd Rubelt

## **Nicht anwesend sind:**

## **Ausschussmitglieder**

Herr Marcus Krause                      SPD                      entschuldigt

## **zusätzliches Mitglied**

Herr Jan Kuppert                      DIE aNDERE                      entschuldigt  
Frau Dr. Sylke Kaduk                      AfD                      entschuldigt

## Gäste:

Herr Goetzmann                      FB Stadtplanung und Stadterneuerung zum TOP 4.1  
und 6  
Herr Wustrack                      Straßenverkehrsbehörde zum TOP 4.5  
Frau Woiwode                      Bereich Verkehrsanlagen zum TOP 4.4 und 4.8  
Herr Niehoff                      Bereich Verkehrsentwicklung zum TOP 4.11 und 5  
Herr Weise                      Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen zum TOP  
4.7  
Herr Frerichs                      Bereich Wirtschaftsförderung zu TOP 4.2  
Herr Tölke                      Fachbereich Kinder, Jugend und Familie zu TOP 4.12  
Herr Gessner                      Bereich Sport zu TOP 4.3 und 4.6  
Herr Bindheim                      Fachbereich Soziales und Gesundheit zu TOP 4.10  
Herr Wolfram                      Bereich Stadtentwicklung zum TOP 4.6 und 4.9  
Herr Sträter                      Ortsvorsteher Groß Glienicke zum TOP 4.3  
Herr Hesse                      Verein Potsdamer Kickers 94 e.V. zum TOP 4.6  
Herr Dr. Plenzke und Herr Radtke                      Anwohner Schneiderweg zum TOP 4.6

## Niederschrift:

Frau Kropp

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1                      Eröffnung der Sitzung
- 2                      Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.05.2017 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3                      Vorstellung von Bauvorhaben
- 4                      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungferensee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"  
Vorlage: 16/SVV/0268  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
KOUL  
(Wiedervorlage)
- 4.2 Skaterhalle in der RAW-Halle  
Vorlage: 16/SVV/0196  
Fraktion DIE LINKE  
B/Sp.  
(Wiedervorlage)
- 4.3 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke  
Vorlage: 17/SVV/0220  
Fraktion CDU/ANW  
alle Ausschüsse (außer E/B, GSI, RPA) und OBR Groß Glienicke  
Neue Fassung vom 11.05.2017
- 4.4 Nuthepark zwischen Nuthemündung und Humboldtbrücke weiterführen  
Vorlage: 17/SVV/0282  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
ff  
KOUL  
(Wiedervorlage)
- 4.5 Verkehrssicherheit am Bahnübergang Bahnhof Medienstadt  
Vorlage: 17/SVV/0287  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
FA, KOUL, SBV (ff)  
(Wiedervorlage)
- 4.6 Fußballplatz im Potsdamer Norden  
Vorlage: 17/SVV/0368  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
SBV (ff), B/Sp., KOUL
- 4.7 Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre  
Vorlage: 17/SVV/0370  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle für Stadtentwicklung und Bauen  
FA, K/W, JHA, HA  
+ ÄA Fraktion B90/Gr., neue Fassung vom 08.05.2017
- 4.8 Nedlitzer Str./Plattner-Campus: Alleebäume retten, P+R flexibilisieren  
Vorlage: 17/SVV/0380  
Fraktion DIE aNDERE  
SBV (ff), KOUL
- 4.9 Seniorengerechtes Bauen  
Vorlage: 17/SVV/0381  
Fraktion CDU/ANW  
GSI (ff)
- 4.10 Konzept für Senioreneinrichtungen  
Vorlage: 17/SVV/0383  
Fraktion CDU/ANW  
GSI (ff)
- 4.11 Verlängerung der Buslinie 698

- Vorlage: 17/SVV/0385  
Fraktion CDU/ANW
- 4.12 AKTIONSPLAN Kinder- und jugendfreundliche Kommune  
Vorlage: 17/SVV/0386  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie  
FA, B/Sp., JHA, HA
- 4.13 Gehweg Hegelallee Nordseite  
Vorlage: 17/SVV/0413  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)
- 4.14 Zwei-Richtungs-Radwege  
Vorlage: 17/SVV/0417  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.05.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und insbesondere Herrn Rubelt, den neuen Beigeordneten des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr. Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern stellt der Ausschussvorsitzende fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 09.05.2017 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen dem Ausschussvorsitzenden vor:

- von Herrn Sträter (Ortsvorsteher Golm) zum TOP 4.3 „Sanierung der

Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke“

- von Herrn Hesse (Verein Potsdamer Kickers 94 e.V.) sowie von Herrn Dr. Plenzke und Herrn Radtke (Anwohner Schneiderweg) zum TOP 4.6 „Fußballplatz im Potsdamer Norden“

Gegen die Anträge auf Rederecht erfolgt kein Widerspruch.

Zur Tagesordnung informiert der Ausschussvorsitzende, dass der TOP 4.7 „Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre“ heute in erster Lesung behandelt werden soll und macht aufmerksam, dass der Geschäftsführer der Biosphäre eingeladen hat, die kommende Ausschusssitzung (13.06.2017) in der Biosphäre durchzuführen. Die zweite Lesung zur Vorlage 17/SVV/0370 würde dann zu Beginn der Tagesordnung aufgerufen werden.

Herr Eichert bittet den TOP 4.9 „Seniorengerechtes Bauen“ auf die zweite Sitzung im Juni 2017 zurückzustellen.

Frau Hüneke berichtet, dass es zum Nuthepark einen Ortstermin gegeben habe und eine modifizierte Fassung des Antrages „Nuthepark zwischen Nuthemündung und Humboldtbrücke“ vorbereitet wird. Sie bittet den TOP 4.4 zurückzustellen und im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan „Humboldtring“ wieder aufzurufen.

Darüber hinaus bittet Frau Hüneke auch den TOP 4.5 „Verkehrssicherheit am Bahnübergang Bahnhof Medienstadt“ nochmals zurückzustellen. Hier werde es einen Ortstermin geben. Als Antragstellerin wird sie signalisieren, wann die Drucksache wieder auf die Tagesordnung genommen werden soll.

Es erfolgt kein Einspruch gegen die geäußerten Vorschläge, so dass die präzisierte Tagesordnung mit 6/0/0 bestätigt wird.

### **zu 3      Vorstellung von Bauvorhaben**

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Vorstellung von Bauvorhaben erfolgt ist und keine Rückfragen offen geblieben sind. Einige Bauvorhaben, zu denen noch keine aussagefähigen Unterlagen eingereicht worden sind, werden zu einem späteren Zeitpunkt vorgestellt werden.

### **zu 4      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 4.1      Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"**

**Vorlage: 16/SVV/0268**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
KOUL

(Wiedervorlage)

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) legt einführend dar, dass der Inhalt der hier vorliegenden Beschlussvorlage lange überholt sei. Er erinnert, dass die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im April 2017 die Teilung des Bebauungsplanes Nr. 146 „Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs“ in die beiden eigenständig weiter zu führenden Bebauungspläne Nr. 146-1 „Nordwestseite Jungfernsee“ und Nr. 146-2 „Nördliche Parkanlage Villa Jacobs“ beschlossen habe. Diese Aufteilung wurde erforderlich, um die Kombination der Auseinandersetzung mit dem Bedarf an Anlegemöglichkeiten im nördlichen Bereich des Jungfernsees mit dem Anspruch einer Anbindung auch an die wasserseitigen Beförderungsmöglichkeiten in Form einer gebündelten Steganlage zu ermöglichen. Für den Bebauungsplan Nr. 146-1 wird gegenwärtig die Öffentliche Auslegung vorbereitet. Herr Goetzmann bringt in Erinnerung, dass für den übrigen Teil der mit dem Eigentümer der Villa Jacobs ausgehandelte Städtebauliche Vertrag abgelehnt worden ist.

Für den nördlichen Teil der Parkanlage der Villa Jacobs ist vorgesehen, Planungsrecht für die Wiederherstellung dieses Teils der Parkanlage über die Festsetzung einer privaten Grünfläche zu schaffen. Der ehemalige „Königsweg“ solle in seinem historischen Verlauf so weit wie möglich aufgegriffen werden und als öffentlicher Fußweg bis zur Uferzone verlaufen, um dort an den Uferweg anzubinden, der bereits in den beiden angrenzenden Bebauungsplänen planungsrechtlich gesichert sei. Als Planungsziel wurde weiterhin festgelegt, dass die westlich der ehemaligen Parkanlage gelegenen Flächen als Waldflächen festgesetzt werden sollen. Die öffentliche Fußwegeverbindung soll zusätzlich über ein Gehrecht gesichert werden. Anhand von Kartenmaterial, welches der Niederschrift als Anlage beigefügt wird, geht Herr Goetzmann detailliert darauf ein.

Die mit dem Eigentümer derzeit laufenden Verhandlungen zu dem begleitenden Städtebaulichen Vertrag betreffen auch die Ausweitung der öffentlichen Nutzbarkeit. Hier wolle der Eigentümer jedoch nicht von seinem ursprünglichen Angebot (Öffnung an 8 Werktagen im Jahr für die Öffentlichkeit) abweichen. Die Wiederherstellung des in Rede stehenden Teils der Parkanlage sei nur über eine Waldumwandelungsgenehmigung durch den Landesbetrieb Forst Brandenburg möglich, die zwischenzeitlich rechtskräftig ergangen sei. Dies habe zur Folge, dass der Eigentümer ab sofort einen Antrag auf Umzäunung stellen kann. Er legt daher keinen Wert mehr auf den Fortgang des Bebauungsplanverfahrens; was auch nicht mehr notwendig ist.

Der Eigentümer hat gleichwohl angeboten, eine – im Hinblick auf seine Perspektiven nunmehr veränderte – gesicherte Durchwegung im Bereich des ehemaligen „Königsweges“ zum Seeufer weiterhin vertraglich und mit Eintragung einer Dienstbarkeit zu sichern. Herr Goetzmann macht aufmerksam, dass es von Seiten der Eigentümergesellschaft der Villa Jacobs die klare Aussage gebe, dass die Entscheidung zum Vertragsabschluss vor der Sommerpause erwartet wird. Wesentliche Positionen, die in dem Städtebaulichen Vertrag zu fixieren sind, sind

- Öffnung an 8 Werktagen für die Öffentlichkeit
- Herstellung der modifizierten Wegeführung mit Sicherstellung der Anbindung an den Uferweg
- Sicherung der Wegenutzung des Uferweges auch für Radfahrer.

Eine Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung in dieser Angelegenheit ist vor der Sommerpause erforderlich. Die Verwaltung beabsichtigt

zur Stadtverordnetenversammlung am 05.07.2017 eine Beschlussvorlage zur Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag und Einstellung des Bebauungsplanverfahrens Nr. 146-2. mit der Zielstellung einer sofortigen Beschlussfassung vorzubereiten. Herr Goetzmann unterbreitet den Vorschlag, die im Detail angepassten Vertragsinhalte des Städtebaulichen Vertrages in der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung am 22.6.2017 und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 27.6.2017 vorzulegen, so dass in der Stadtverordnetenversammlung im Juli 2017 ein Sofortbeschluss über die Zustimmung zu dem dann vorliegenden modifizierten Vertrag möglich sei.

Herr Kirsch bedauert, dass es zu dieser Verzögerung gekommen sei und plädiert dafür, das Angebot anzunehmen.

Herr Eichert schließt sich seinem Vorredner an, die Chance sei vertan. Er dankt der Verwaltung für die aufrecht erhaltenen Bemühungen alle Möglichkeiten offen zu halten und spricht sich für die Sicherung der öffentlichen Wegeführung aus.

Auf die Nachfrage von Frau Reimers, welche Absichten der Eigentümer mit den erworbenen Baugrundstücken habe, geht Herr Goetzmann ein. Aktueller Stand der Überlegungen der Eigentümergemeinschaft sei es, diese Parzellen unbebaut im eigenen Besitz zu halten und Offenhaltung der Wegeführung des ehemaligen Königsweges in seiner historischen Trassierung. Jedoch seien dazu keine vertraglichen Vorfestlegungen zu erwirken.

Frau Hüneke dankt für das hohe Engagement, welches im Ergebnis diverse öffentliche Belange berücksichtigt.

Der Ausschussvorsitzende dankt der Verwaltung für die Berichterstattung und äußert als Ausschussmitglied, dass aus Sicht seiner Fraktion die begrenzte Zugangsmöglichkeit nicht ausreichend sei.

Die Vorlage 16/SVV/0268 wird letztmalig zurück gestellt und in der Sitzung am 27.06.2017 aufgerufen.

#### **zu 4.2 Skaterhalle in der RAW-Halle**

**Vorlage: 16/SVV/0196**

Fraktion DIE LINKE

B/Sp.

(Wiedervorlage)

Herr Jäkel bringt für die antragstellende Fraktion in Erinnerung, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt mit dem Ziel auszuloten, ob die Entwicklungsmöglichkeiten die Integration einer Skaterhalle zulassen.

Herr Frerichs (Bereich Wirtschaftsförderung) berichtet, dass es sich bei der RAW-Halle um ein Areal handelt, welches überwiegend für die gewerbliche Entwicklung vorgesehen sei. Für die „Neue RAW-Halle“ erfolgt weiterhin die Suche nach einem interessierten Investor. Prioritäres Ziel sei jedoch die gewerbliche Nutzung. Von daher werde man nicht auf einen Investor zugehen und ihn vordringlich auf die Integration einer Skaterhalle ansprechen.

Herr Kirsch erinnert an die früheren Ausführungen der Verwaltung, dass es sich bei diesem Standort um eine wichtige Fläche im beschlossenen Gewerbesicherungskonzept handeln würde und stellt den Antrag, den 2. Satz des Antrages „Dabei könnte z.B. an das Konzept einer teilweisen Einzelhandelsnutzung angeknüpft werden, das vor zwei Jahren vorgelegt worden ist“ zu streichen.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den 2. Satz gesondert zur Abstimmung zu bringen.

Herr Eichert erachtet es für schwierig jetzt Vorgaben zu machen und spricht sich gegen eine direkte Beauftragung aus. Den Ausführungen von Herrn Frerichs könne er folgen. Die spätere Einbindung in laufende Gespräche mit Investoren sei zielführender.

Frau Reimers betont, dass Geduld mit solchen ungewöhnlichen Gebäuden notwendig wäre. Die gewerbliche Orientierung sei richtig.

Frau Hüneke spricht sich für die Überlegung der Integration einer Skaterhalle aus und unterstützt den Antrag von Herrn Kirsch auf Herausnahme des zweiten Satzes in Richtung Einzelhandelsnutzung.

Herr Berlin kann dem Kompromissvorschlag von Frau Hüneke folgen. Dennoch sei eine intensive Bewerbung von Seiten der Wirtschaftsförderung wünschenswert.

Herr Jäkel greift die Äußerungen seiner Vorredner auf und bittet folgende geänderte Fassung abzustimmen.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, Gespräche mit dem Eigentümer der RAW-Halle u.a. mit dem Ziel zu führen, bei einer Sanierung der Halle die Integration einer Skaterhalle zu prüfen.

Über das Ergebnis der Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2017 zu informieren.

Die vom Antragsteller geänderte Fassung wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Der Oberbürgermeister wird ~~aufgefordert~~ **gebeten**, Gespräche mit dem Eigentümer der RAW-Halle **u.a.** mit dem Ziel zu führen, bei einer Sanierung der Halle die Integration einer Skaterhalle zu prüfen. ~~Dabei könnte z.B. an das Konzept einer teilweisen Einzelhandelsnutzung angeknüpft werden, das vor zwei Jahren vorgelegt worden ist.~~

Über das Ergebnis der Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung im ~~Juni 2016~~ **Oktober 2017** zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

**zu 4.3 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke**

**Vorlage: 17/SVV/0220**

Fraktion CDU/ANW

alle Ausschüsse (außer E/B, GSI, RPA) und OBR Groß Glienicke

Neue Fassung vom 11.05.2017

Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) nimmt sein Rederecht wahr. Er berichtet, dass der Ortsbeirat Groß Glienicke den Beschluss gefasst habe, den Oberbürgermeister zu beauftragen, ein Konzept für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke zu entwickeln. Eine Sanierung ist unabdingbar. Die Situation in der Umgebung sei insbesondere auch für den Investor des „Villenparks“ unbefriedigend. Von daher wird angeregt, zunächst den Kommunalen Immobilien Service zu beauftragen, ein Sanierungskonzept vorzulegen. Dabei solle geprüft werden, ob es Möglichkeiten gibt, dass diese Halle in einen Zustand versetzt wird, der zukunftssträftig wird. Erst auf dieser Basis könne man Schlussfolgerungen ziehen und ggf. kommerzielle Interessen einbeziehen. Er bittet den mittleren Teil des Antragstextes herauszunehmen.

Herr Eichert bringt folgende Neufassung des Antrages 17/SVV/0220 ein und bittet diese zur Abstimmung zu stellen. Er plädiert dafür die Sanierung zu prüfen und ggf. Alternativen aufzuzeigen. Mit der Umsetzung wäre eine umfängliche Prüfung möglich und müsse nicht zu einem späteren Zeitpunkt in eine andere Richtung erfolgen, was weiteren Zeitverzug zur Folge hätte.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke (Waldsiedlung) bis zum September 2017 ein Konzept zu entwickeln, wobei bei einer möglichen Ausschreibung durch Auflagen, Verträge oder grundbuchliche Absicherung sicherzustellen ist, dass

1. eine Sanierung derselben in einem angemessenen Zeitrahmen sichergestellt wird;
2. mögliche Vertragspartner ein tragfähiges Nutzungskonzept vorlegen und durch vertragliche Vereinbarung mit der Landeshauptstadt die Nutzung für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen - mindestens im derzeit vorhandenen Umfang sowie zu den aktuellen Konditionen durch Vereine sowie zu vertretbaren Konditionen für die Landeshauptstadt Potsdam sichergestellt wird;
3. derzeit bestehende und genutzte Wegebeziehungen im Umfeld der Preußenhalle auch zukünftig bestehen bleiben.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und dem Ortsbeirat Groß Glienicke ist bis September 2017 zu berichten.“

Frau Reimers greift die Voten der Ausschüsse Kultur und Wissenschaft sowie Bildung und Sport auf und regt an, der in den Ausschüssen geänderten Fassung zu folgen.

Der Ausschussvorsitzende informiert die Ausschussmitglieder über die in den v.g. Ausschüssen geänderte Fassung:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke (Waldsiedlung) ~~ein Konzept zu entwickeln, alternativ die Ausschreibung zum Verkauf durch den Kommunalen Immobilien Service bis zum September 2017~~ **ein Konzept zu entwickeln, vorzubereiten,** wobei durch Auflagen, Verträge oder grundbuchliche Absicherung sicherzustellen ist, dass

- ~~1. eine Sanierung derselben in einem angemessenen Zeitrahmen nach dem Kauf durch den Käufer erfolgen muss;~~
- ~~2. der Käufer ein tragfähiges Nutzungskonzept vorlegt und durch vertragliche Vereinbarung mit der Landeshauptstadt die Nutzung für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen mindestens im derzeit vorhandenen Umfang durch Vereine und die Landeshauptstadt Potsdam auch zukünftig sicherstellt;~~
- ~~3. derzeit bestehende und genutzte Wegebeziehungen im Umfeld der Preußenhalle auch zukünftig bestehen bleiben.~~

~~Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr~~ **Den beteiligten Ausschüssen** und dem Ortsbeirat Groß Glienicke ist bis September 2017 zu berichten.“

Herr Eichert wirbt erneut für die Langfassung seines Antrages vom 11.05.2017.

Frau Hüneke und Herr Berlin sprechen sich dagegen aus. Sie unterstützen die Kurzfassung des Antrages entsprechend der in den anderen Ausschüssen beschlossenen Antragsfassung.

Herr Tomczak kann den Argumenten von Herrn Sträter folgen. Würde man der neuen Fassung der CDU/ANW folgen, bestünde die Gefahr einen Verkauf

schmackhaft zu machen.

Herr Sträter ergänzt, dass kein Zeitdruck bestehe. Nach Vorlage des Sanierungskonzeptes könne entschieden werden, wie weiter verfahren wird.

Herr Kirsch und Frau Hüneke äußern sich positiv zum Antrag der Fraktion CDU/ANW, da er die Möglichkeit biete alle Optionen zu prüfen. Die Entscheidung bleibe im Ergebnis bei der Stadtverordnetenversammlung.

Frau Reimers stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Fassung aus dem Ortsbeirat Groß Glienicke und den Ausschüssen Kultur und Wissenschaft sowie Bildung und Sport zur Abstimmung zu stellen.

Herr Eichert spricht dagegen und erklärt, dass im Antrag nicht die Rede von einer Privatisierung sei. Ziel des Antrages sei die Vorlage aller Informationen für eine weitere Entscheidung.

Herr Hanisch spricht für den Geschäftsordnungsantrag und plädiert dafür, dem Beschluss des Ortsbeirates zu folgen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die folgende geänderte Fassung, wie sie auch vom Ortsbeirat Groß Glienicke und den Ausschüssen Kultur und Wissenschaft sowie Bildung und Sport befürwortet worden ist, zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke (Waldsiedlung) ~~ein Konzept zu entwickeln, alternativ die Ausschreibung zum Verkauf durch den Kommunalen Immobilien Service bis zum September 2017~~ **ein Konzept zu entwickeln**, vorzubereiten, wobei durch Auflagen, ~~Vorträge oder grundbuchliche Absicherung sicherzustellen ist, dass~~

- ~~4. eine Sanierung derselben in einem angemessenen Zeitrahmen nach dem Kauf durch den Käufer erfolgen muss;~~
5. **der Käufer ein tragfähiges Nutzungskonzept vorlegt und durch vertragliche Vereinbarung mit der Landeshauptstadt die Nutzung für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen mindestens im derzeit vorhandenen Umfang durch Vereine und die Landeshauptstadt Potsdam auch zukünftig sicherstellt;**
6. ~~derzeit bestehende und genutzte Wegebeziehungen im Umfeld der Preußenhalle auch zukünftig bestehen bleiben.~~

~~Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr~~ **Den beteiligten**

**Ausschüssen** und dem Ortsbeirat Groß Glienicke ist bis September 2017 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: **3**  
Ablehnung: **2**  
Stimmenthaltung: **1**

**zu 4.4 Nuthepark zwischen Nuthemündung und Humboldtbrücke weiterführen**

**Vorlage: 17/SVV/0282**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

ff

KOUL

(Wiedervorlage)

Zurückgestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.5 Verkehrssicherheit am Bahnübergang Bahnhof Medienstadt**

**Vorlage: 17/SVV/0287**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

FA, KOUL, SBV (ff)

(Wiedervorlage)

Zurückgestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.6 Fußballplatz im Potsdamer Norden**

**Vorlage: 17/SVV/0368**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV (ff), B/Sp., KOUL

Zunächst werden die drei Rederechte gewährt.

Herr Dr. Plenzke führt als Anwohner des Schneiderweges aus, dass die Anwohner das gesamte Areal Lerchensteig und Lennésche Feldflur sehr gut kennen und aus verschiedenen Gründen diesen Großfeldfußballplatz an diesem Standort ablehnen würden. Von daher unterstützen sie den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer neuen qualifizierten Standortabwägung. Aus Sicht der Anwohner sind die bisherigen Standortvergleiche des Bereiches Stadtentwicklung mit immer unterschiedlichen Kriterien vorgenommen worden. Darauf geht Herr Dr. Plenzke im Detail ein. Die Anwohner des Schneiderweges plädieren dafür eine neue Standortbeurteilung objektiv unter den gleichen Gesichtspunkten vorzunehmen.

Herr Hesse (Verein Potsdamer Kickers 94 e.V.) berichtet, dass seit dem Jahr 2000 (Wegfall der Nutzung des Ernst-Thälmann-Stadions wegen Verwendung für die Bundesgartenschau 2001) auf vier verschiedenen Standorten gespielt wird. Damit sei ein Vereinsleben für die Potsdamer Kickers seit 2000 nicht mehr möglich gewesen. Ebenso sei aufgrund der begrenzten Möglichkeiten keine Aufnahme von Jugendlichen möglich. Zur Wiederaufnahme des Vereinslebens sei ein Standort im Potsdamer Norden erforderlich. Herr Hesse spricht sich für den Standort am Lerchensteig aus.

Herr Radtke (ebenfalls Anwohner des Schneiderweges) bestätigt, dass es einen Standort im Potsdamer Norden geben müsse. Jedoch halte er eine nochmalige Prüfung für erforderlich. Am Beispiel des Standortes auf dem AWO-Gelände macht er deutlich, dass er die vorgenommene Bewertung nicht nachvollziehen könne. Aus seiner Sicht gebe es einen Mangel in der Systematik der Vergleiche. Eine Anwendung gleichwertiger Kriterien bei der Bewertung der Standorte sei notwendig. Insbesondere empfiehlt er einen Standort auf der anderen Seite des AWO-Geländes Lerchensteig / Lindenallee vertieft zu prüfen. Diesen Standort halten die Anlieger für besser geeignet. Dazu trägt er Begründungen vor. Siehe Anlage zur Niederschrift.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass der Antrag im Ausschuss für Bildung und Sport und im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zurück gezogen worden ist.

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und macht deutlich, dass der Antrag nach wie vor sinnvoll sei. Ihres Erachtens sei der Antrag in den Ausschüssen nicht zurück gezogen worden, sondern für die Behandlung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zurück gestellt worden.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) stellt anhand entsprechenden Kartenmaterials bereits geprüfte Standorte vor (siehe Anlage zur Niederschrift), unter denen sich auch die hier in Rede stehenden befinden. Er erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die Ergebnisse der Standortuntersuchung für einen wettkampfgerechten Fußballplatz für fünf Standorte bereits in der Sitzung dieses Ausschusses am 11.10.2016 vorgestellt worden sind. Aus dem Beteiligungsverfahren seien von den Anwohnern noch vier weitere Standorte vorgeschlagen worden, auch diese seien geprüft worden. Die Verwaltung empfehle im Ergebnis den Standort Lerchensteig/ Schneiderweg – dieser sei der einzige bis 2019 realisierbare Standort. Zwar sei hier die Anbindung des öffentlichen Personennahverkehrs derzeit noch nicht gut, sein Ausbau sei jedoch beabsichtigt. Des Weiteren kündigt Herr Wolfram für die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2017 eine Beschlussvorlage an, die den Auslegungsbeschluss der Flächennutzungsplan-Änderung „Sportplatz Lerchensteig“ zum Inhalt habe. Darin werden alle neun geprüften Standorte dargestellt.

Herr Wolfram ergänzt, dass es mehrere Veranstaltungen mit dem Kreis der Anwohner gegeben habe, in welchem verschiedene zu prüfende Standorte

vorgeschlagen worden sind. Der Ende Mai von den Anwohnern neu vorgeschlagene Standort „AWO-Gelände Süd/Ost“ konnte aus zeitlichen Gründen nicht mehr in die Vorlage aufgenommen werden. Er macht deutlich, dass an diesem Standort die Nachteile die Vorteile deutlich überwiegen würden, so dass dieser Standort abgelehnt werden müsse. Die im Antrag thematisierte Stellungnahme der Umweltverbände bezog sich auf einen frühen Verfahrensstand. Im Zuge der Planung würden selbstverständlich entsprechende Gutachten zum Artenschutz, Lärm- und Lichtemissionen erarbeitet, um das Vorhaben genauer einschätzen zu können.

Andere von den Anwohnern vorgeschlagene Standorte, wie die ehemalige Reitanlage Olympische Spiele 1936, seien nicht in allen Belangen detailliert geprüft worden, da seitens des Eigentümers keine Bereitschaft bestehe, die Fläche zu veräußern.

Herr Wolfram bestätigt, dass die Arbeitsgespräche mit den Anwohnern fortgeführt werden sollen. Das nächste Gespräch ist für Herbst avisiert.

Frau Hüneke äußert, dass sie die Bewertung zum Standort „Remisenpark“ nicht nachvollziehen könne und bittet hier um eine klarere Darstellung.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) teilt mit, dass hier ein Änderungsverfahren zum Bebauungsplan notwendig wäre. Da im Plangebiet Ausgleichsmaßnahmen mehrerer Bebauungspläne gebündelt umgesetzt wurden, würde eine Überplanung die Grundzüge der Planung betreffen. Eine vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes sei deshalb nicht möglich. Selbst bei Beschleunigungsmaßnahmen sei dies nicht unter 2 ½ Jahren möglich, erst dann dürfte gebaut werden. Damit sei das Ziel einer Fertigstellung der Anlage bis 2019, welches sich aus den Förderbedingungen ergibt, nicht erreichbar.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Antrag begleitend laufen zu lassen und zeitgleich mit der Befassung der angekündigten Vorlage zur Änderung des Flächennutzungsplanes im Ausschuss aufzurufen.

Herr Goetzmann verweist auf die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und die zeitlichen Erfordernisse. Es sei nicht möglich, kurzfristig eine weitere Vorlage in den Geschäftsgang zu geben. Möglich sei aber ein gesondertes Papier mit einem vertieften Vergleich der drei benannten Standorte, das rechtzeitig zur Diskussion der Beschlussvorlage zur Auslegung der Flächennutzungsplan-Änderung den Fraktionen zur Verfügung gestellt wird.

Frau Hüneke greift den Hinweis auf und bittet den Vergleich der beiden Standorte am Lerchensteig und dem Remisenpark rechtzeitig vor der Befassung der angekündigten Verwaltungsvorlage im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorzulegen.

Herr Goetzmann sagt dies für die Verwaltung zu.

Frau Hüneke zieht den Antrag zurück.

#### zu 4.7 **Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre**

##### **Vorlage: 17/SVV/0370**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle für Stadtentwicklung und Bauen

FA, K/W, JHA, HA

+ ÄA Fraktion B90/Gr., neue Fassung vom 08.05.2017

Herr Weise (Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen) bringt die Vorlage mit Verweis auf den Beschluss des Hauptausschusses vom 13.07.2016 (Drucksache 17/SVV/0447) ein (Präsentation siehe Anlage zur Niederschrift). Er geht auf die Objektsituation und den Variantenvergleich sowie die Betriebs- und Investitionskosten ein und macht darauf aufmerksam, dass aus baulicher Sicht zwar alle Varianten umsetzbar wären, jedoch würde dies erhebliche Mehrkosten und keine Reduzierung der wirtschaftlichen Belastung für die Stadt bedeuten. Die Schwierigkeit bei der Umsetzung anderer Nutzungen, sei das Gefälle in der Tropenhalle. Der Bau der Biosphäre sei hauptsächlich für die Nutzung einer Tropenhalle vorgesehen. Im Falle einer anderen Nutzung müssten Cluster eingebaut werden, die erhebliche Investitions- und Betriebskosten verursachen. Er betont, dass die Varianten einer mehrteiligen bzw. multifunktionalen Nutzung nicht wirtschaftlich seien, zumal zu den Basiskosten noch nutzungsspezifische Kosten hinzu kämen.

Bei allen Varianten würden zwar 6,5 Mio. Euro für die Gebäudesanierung anfallen. Der Vorteil bei der Nutzung des Gebäudes als Tropenhalle wäre jedoch, dass neben den erzielten Erlösen aus Gastronomie und Ticketverkauf insbesondere Eventerlöse den erforderlichen Aufwendungen gegengerechnet werden können. Bei allen anderen Nutzungen sei dies nicht der Fall.

Sollte die Variante 1 – Modifizierte Tropenhalle - als wirtschaftlichste Variante durch die Stadtverordneten beschlossen werden, ist zu berücksichtigen, dass eine direkte Vergabe vergaberechtlich nicht zulässig wäre, da es sich um eine dauerhafte Betreibung handelt.

Aus diesem Grunde schlägt die Verwaltung vor ein erneutes Verfahren zur EU-weiten Ausschreibung für die Nachnutzung der Biosphäre als Tropenhalle in modifizierter Form durchzuführen. Die wesentlichen Kostenpositionen werden er der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Weise ergänzt, dass im Falle eines erfolglosen Verlaufes des EU-weiten Ausschreibungsverfahrens vorgesehen wird, zu den gleichen Bedingungen wie ausgeschrieben die Biosphäre Potsdam GmbH mit der weiteren Betreibung der Biosphäre als Tropenhalle mit einem jährlichen Gesamtzuschuss von höchstens 1,9 Mio. € zu beauftragen.

Frau Hüneke bringt für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die neue Fassung des Änderungsantrages ein.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Nutzungskonzept für den Standort

der Biosphäre vorzulegen, das möglichst viel der für den Potsdamer Norden erforderlichen sozio-kulturellen Infrastruktur umfasst (Bürgertreff, Jugendfreizeiteinrichtung/Jugendclub, Aufenthaltsqualität durch Gastronomie, Hortplätze, Sportanlagen). Auf dieser Grundlage ist ein Architekturwettbewerb für einen Neubau auf dem Grundstück auszuschreiben. Im Ergebnis soll erneut eine anspruchsvolle Architektur unserer Zeit entstehen, die sich in den landschaftlichen Rahmen einfügt.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2017 über den Zwischenstand der Vorbereitungen zu informieren und ein Votum zum weiteren Verfahren einzuholen.“

Frau Hüneke betont, dass es notwendig sei über eine bessere Nutzung dieses Standortes nachzudenken. Es sei nicht vorstellbar über 20 Jahre eine Zuschussung in einer solchen Größenordnung vorzunehmen. Der Potsdamer Norden benötige eine bessere Infrastruktur. Von daher sollte die Prüfung erfolgen, bevor eine Entscheidung über die Biosphäre getroffen wird. Aus ihrer Sicht wäre die Durchführung eines Workshops, in dem die verschiedenen Belange dargelegt und abgeschichtet werden, sinnvoll. Viele offene Fragen bedürfen einer Klärung.

Herr Jäkel entnimmt aus der Beschlussvorlage und den Ausführungen von Herrn Weise die Botschaft, die wirtschaftlichste Form der Weiterführung der Biosphäre ist ihre fortgesetzte Nutzung als Tropenhalle im Kernbereich des Gebäudes mit Optimierung der Nutzungen in der Orangerie und im Foyerbereich. Damit könne der Erhalt des hervorragenden Angebotes der touristischen Infrastruktur und der naturkundlichen Bildungsangebote gesichert werden.

Herr Tomczak spricht sich ebenfalls für den Erhalt der Halle aus. Jedoch sei im unverständlich, weshalb keine Integration einer Jugendfreizeiteinrichtung möglich sei.

Herr Weise erläutert, dass technisch vieles möglich wäre. Die Umsetzung stelle sich jedoch problematisch dar, da mit Einschränkung der touristischen Nutzung und mit wirtschaftlichen Einbußen (ca. 500 T€ Umsatz weniger) gerechnet werden müsse und bittet zu beachten, dass sich das Gebäude aufgrund seiner Bauweise nicht wirklich dafür eigne. In der Konsequenz müsse bei Integration einer Jugendfreizeiteinrichtung der Zuschuss höher veranschlagt werden.

Herr Jäkel informiert, dass der Beigeordnete Herr Schubert angekündigt habe, dass in Kürze zwei Standorte im Potsdamer Norden für eine Jugendfreizeiteinrichtung vorgestellt werden.

Herr Wiggert spricht die Betriebskosten im Hinblick auf die erhöhten Energiekosten und die technischen Möglichkeiten (z. B. auch für ein dezentrales Blockheizkraftwerk) im Hinblick auf die Förderung zur energetischen Sanierung an und erkundigt sich, mit wie viel Einnahmen aus der Gastronomie zu rechnen sei.

Herr Weise informiert, dass nicht die Energiekosten der kostentreibende Faktor

wären, sondern die Vielzahl von technischen Anlagen die Betriebskosten in die Höhe treiben würden. Die technische Umsetzung der energetischen Sanierung hängt vom Betreiberkonzept im Rahmen der Ausschreibung ab. Weiterhin bittet Herr Weise zu beachten, dass hierbei die Korrespondenz mit den Förderprogrammen (im Verhältnis von Investition zur möglichen Fördersumme) notwendig sei.

Er informiert ferner, dass insgesamt rd. 2,8 Mio. € Umsätze und Erträge in 2015 erwirtschaftet und als Basis zu Grunde gelegt wurden. Hierzu wird als Anlage zum Protokoll eine Erläuterung der wesentlichen Kostenpositionen ausgereicht.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) äußert zum Thema Jugendfreizeiteinrichtung in der Biosphäre, dass dies nicht weiter verfolgt werden sollte. Aus dem Blickwinkel der Verwaltung ist man eher zu dem Ergebnis gekommen, konsequent auf die Realisierung der Jugendfreizeiteinrichtungsplätze außerhalb der Biosphäre zu orientieren. Er schätzt ein, dass die Verwaltung noch vor der Sommerpause in der Lage sein wird, einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Frau Reimers bringt zum Ausdruck, dass die Biosphärenhalle für andere Nutzungen unflexibel sei. Ein Abriss der Halle sei keine Option. Die Ausschreibung sollte für eine kreative Lösung offenbleiben.

Auf die weitere Frage von Frau Reimers, ob man im Rahmen der Untersuchung in diesem Zusammenhang an eine weitere Hülle quasi als Überdachung in der Biosphärenhalle nachgedacht habe, stellt Herr Weise fest, dass man selbst eine Doppelfassade überprüft hätte, die aber aufgrund der unvertretbaren Höhe der Investitionskosten verworfen wurde. Anhand der Präsentation stellt Herr Weise ferner klar, dass man versucht habe, bei den einzelnen Nutzungsvarianten durch den Einbau von Clustern die Nutzungsprobleme zu lösen. Dies sei jedoch unwirtschaftlich und selbst bei der untersuchten Schulnutzung aufgrund der Höhe der Kosten nicht gelungen. .

Herr Weise teilt auf Nachfrage von Herrn Kirsch mit, dass ein Abriss der Biosphärenhalle 2 Mio. € kosten würde.

Herr Kirsch erkundigt sich nach der Größe des Grundstückes und regt an darüber nachzudenken die Halle abzureißen und das Grundstück auszuschreiben. Entsprechende Nutzungsvorschläge sollten eingeholt werden.

Herr Kube verweist auf den Aspekt der Nachhaltigkeit. Dies müsse künftig mehr Beachtung finden. Eine jährliche Bezuschussung von 1,9 Mio. € sei sehr hoch und damit finanziell unbefriedigend.

Herr Jäkel regt an die Landesregierung zu befragen, ob ein dauerhafter Zuschuss zu den Betriebskosten möglich wäre.

Herr Weise entgegnet, dass es hierzu intensive Gespräche mit der ILB zu Fördermöglichkeiten gegeben habe. Voraussetzung für eine eventuelle Förderung sei jedoch die Vorlage eines schlüssigen Sanierungs- und Betreiberkonzeptes durch den Betreiber im Rahmen des EU-weiten Ausschreibungsverfahrens. Da bei der ILB durchaus ein grundsätzliches Interesse an der Fortsetzung der touristischen Nutzung der Biosphärenhalle besteht, wäre neben der Förderung aus dem Programm der energetischen Sanierung (RENPlus) in Abhängigkeit vom Konzept auch eine Anschlussförderung für die Reattraktivierungsmaßnahmen (aus der ehemaligen GA-I- Förderung) aus dem Förderprogramm GRW - Ausbau der wirtschaftsnahen kommunalen (touristischen Infrastruktur) denkbar und nicht völlig auszuschließen.

Der Tagesordnungspunkt wird beendet und in der kommenden Sitzung fortgeführt.

**zu 4.8 Nedlitzer Str./Plattner-Campus: Alleebäume retten, P+R flexibilisieren**  
**Vorlage: 17/SVV/0380**  
Fraktion DIE aNDERE  
SBV (ff), KOUL

Herr Kube bringt den Antrag ein.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) teilt mit, dass dem Anliegen überwiegend nicht gefolgt werden könne und geht im Einzelnen darauf ein

Die Forderungen aus den ersten beiden Absätzen seien nicht zu erfüllen, da sie mit dem anfallenden öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nicht vereinbar seien. Der Erhalt der Eiche Nr. 350 wäre nur bei Verzicht auf die Linksabbiegespur möglich. Busse benötigen einen bestimmten Platzbedarf, dem Rechnung getragen werden müsse. Zudem würde sich bei einer vierfach erhöhten Anzahl von Kurvenfahrten die Fahrtzeit erheblich verlängern und die Nutzung des ÖPNV ggf. uninteressant machen.

Die Errichtung eines Parkhauses in modularer Bauweise anstelle des geplanten Park+Ride -Parkplatzes im Wendekreis der Straßenbahn sei nicht B-Plan-konform.

Kostenfreies Parken für P+R-Kunden sei bereits jetzt möglich.

Der Forderung, die an der Nedlitzer Straße vorgesehenen Parkplätze nicht weiter zu planen, könne ebenfalls nicht gefolgt werden. Diese seien nicht nur Bestandteil des Bebauungsplans Nr. 83, sondern auch hinsichtlich der Langfristigkeit ihrer geplanten Nutzung wirtschaftlich sinnvoll. Zudem werde hierin eine Etablierung des P+R-Projektes gesehen, das ein deutliches Zeichen für eine nachhaltige Mobilität setze.

Der Wunsch nach einem überdachten Parkraum für 50 Fahrräder sei im Großen und Ganzen umsetzbar. Hinsichtlich der Stellplatzmenge gehe die Verwaltung von einer niedrigeren Zahl aus. Aus Sicht des Radverkehrsbeauftragten wären 28 überdachte Stellplätze ausreichend, die bei Bedarf durch Wegnahme von ein bis zwei PKW-Stellplätzen noch aufgestockt werden könnten.

Die geforderte Kostenübernahme durch den Entwicklungsträger sei nach dem Baugesetzbuch leider nicht möglich. Da es sich um keine entwicklungsbedingte Maßnahme handele müsse die Finanzierung durch den städtischen Haushalt getragen werden. Entsprechende Fördermittel seien beantragt.

Auf die Nachfrage von Herrn Kube ob zu einem späteren Zeitpunkt ein Parkhaus denkbar wäre antwortet Frau Woiwode, dass das Thema Park+Ride weiter beobachtet werde und im Konzept entsprechende Berücksichtigung finde. Es müsse jedoch abgewartet werden, ob mit der geplanten Verlängerung des Nordastes der Bedarf später weiter im Norden sei.

Der Ausschussvorsitzende äußert, dass er die Erklärungen für schlüssig und nachvollziehbar halte und fragt den Antragsteller, wie mit dem Antrag weiter verfahren werden soll.

Herr Kube bittet trotz der Darlegungen um Abstimmung des Antrages.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Entscheidung der Entwurfsplanung des Verkehrsknotens Nedlitzer Str./Konrad-Zuse-Ring Süd die Linksabbiegespur derart zu planen, dass auf die Fällung der Eiche 350 verzichtet werden kann.

Die Machbarkeit einer Zufahrt zur den geplanten Busendhaltestellen der Linien 604 und 609 ist über die Nordzufahrt (ehemaliger Standort der Eiche 365) alternativ zu planen. Die Planstudie ist der SVV zur Entscheidung vorzulegen.

Der im Wendekreis der Straßenbahn geplante P+R-Parkplatz für bisher 60 PKW ist als Parkhaus in modularer Bauweise zunächst für 3 Ebenen erweiterbar zu planen.

Das Parken ist für P+R-Kundinnen des ÖPNV kostenfrei zu gestalten.

Die in der Entwurfsplanung an der Nedlitzer Straße vorgesehenen ca. 30 Parkplätze sind nicht weiter zu planen, da diese auf der freizuhaltenden Trasse der Straßenbahn nach Krampnitz liegen.

Im Konzept ist ein überdachter Parkraum für zunächst 50 Fahrräder vorzusehen, dessen Erweiterung bei Bedarf ermöglicht werden soll.

Die Kosten sind durch den Entwicklungsträger zu tragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>0</b>
Ablehnung:	<b>5</b>

Stimmhaltung: 1

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

**zu 4.9 Seniorengerechtes Bauen**

**Vorlage: 17/SVV/0381**

Fraktion CDU/ANW

GSI (ff)

Zurück gestellt – WV 27.6.2017

**zu 4.10 Konzept für Senioreneinrichtungen**

**Vorlage: 17/SVV/0383**

Fraktion CDU/ANW

GSI (ff)

Herr Eichert bringt den Antrag ein. Zielstellung sei die Sicherung von Flächen.

Herr Bindheim (Fachbereich Soziales und Gesundheit) informiert, dass diese Art der Planung nicht allein durch die Kommune erfolgen könne. Die Planung setzt vielmehr die Abstimmung mit dem Land, den Pflegekassen und den Betreibern von Einrichtungen voraus. Flächensicherung allein würde nicht ausreichen.

Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch in welchen Bebauungsplangebietern dies möglich wäre antwortet Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung), dass dazu keine pauschale Einschätzung möglich sei. Dabei sei zu unterscheiden, um welche Art von Pflegeeinrichtungen es sich handelt. Zudem stünde als Voraussetzung, dass auch der Grundstückseigentümer Interesse daran habe. In diesem Falle gehe es nicht um eine aktive Stadtplanung, sondern um eine Fachentwicklungsplanung. Diese liege nicht im Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt.

Auf einzelne Rückfragen von Ausschussmitgliedern gehen Herr Bindheim und Herr Goetzmann ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Erstellung eines stadtweiten Konzeptes für stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen sowie die Reservierung dazu notwendiger Flächen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 4.11 Verlängerung der Buslinie 698**

**Vorlage: 17/SVV/0385**

Fraktion CDU/ANW

Herr Eichert bringt den Antrag ein und stellt dar, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) teilt mit, dass eine Umsetzung auch finanzielle Auswirkungen zur Folge hätte. Es müsse ein Bus mehr zum Einsatz kommen, um den Anschluss zu halten. Ebenso sei der Einsatz weiterer Fahrer erforderlich. Mit dem Hinweis der Auswirkungen auf den Verkehrsleistungs- und -finanzierungsvertrag könne dem Antrag von Seiten der Verwaltung zugestimmt werden.

Herr Putz bittet zu beachten, dass ausreichender Platz zum Wenden der Busse erforderlich sei und bittet dies in die Prüfung mit aufzunehmen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

- ob die Buslinie 698 bis zur geplanten Tram-Umsteigestelle am Campus Jungfersee verlängert werden kann und
- ob die Linie in einer Schleife über die Max-Eyth-Allee mit den Haltestellen "TÜV Rheinland Akademie" und "Institut für Agrartechnik" weitergeführt werden kann.

Das Ergebnis soll vor dem nächsten Fahrplanwechsel vorliegen und bei positiver Prüfung mit dem neuen Fahrplan umgesetzt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           6  
Ablehnung:            0  
Stimmhaltung:        0

**zu 4.12   AKTIONSPLAN Kinder- und jugendfreundliche Kommune**

**Vorlage: 17/SVV/0386**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie  
FA, B/Sp., JHA, HA

Herr Tölke (Fachbereich Kinder, Jugend und Familie) stellt den AKTIONSPLAN Kinder- und jugendfreundliche Kommune vor. Dieser sei das Ergebnis eines Stadtverordnetenbeschlusses aus April 2015 und fußt auf Empfehlungen externer Gutachter. Die konkreten Ziele und Maßnahmen seien mit Unterstützung einer verwaltungsinternen Steuerungs- und Arbeitsgruppe entwickelt worden.

Auf Rückfragen von Frau Reimers hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen geht Herr Tölke ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

AKTIONSPLAN Kinder- und jugendfreundliche Kommune 2017 - 2020

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           5  
Ablehnung:            0  
Stimmhaltung:        1

**zu 4.13   Gehweg Hegelallee Nordseite**

**Vorlage: 17/SVV/0413**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)

Es besteht kein Erörterungsbedarf.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0413 zur Kenntnis.

#### zu 4.14 **Zwei-Richtungs-Radwege**

##### **Vorlage: 17/SVV/0417**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
(Mitteilungsvorlage)

Herr Berlin stellt dar, dass die vorliegende Information unbefriedigend sei. Er betont, dass es seiner Ansicht nach nicht ausreicht an den Knotenpunkten Piktogramme zu setzen. Vielmehr sollten diese Markierungen auch auf der Strecke aufgebracht werden. Er bittet um eine raumgreifende Betrachtung.

Der Ausschussvorsitzende regt an, direkt mit entsprechenden Hinweisen oder Vorschlägen auf die Verwaltung zuzugehen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage 17/SVV/0417 zur Kenntnis.

#### zu 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Rubelt informiert, dass die Verwaltung zum Thema Verkehr im Potsdamer Norden informieren möchte und übergibt das Wort an Herrn Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung).

Herr Niehoff informiert über den aktuellen Sachstand :

- Anlass: Tramverlegung bis zum Campus Jungfernsee
- Folge: Einschränkungen in der Nedlitzer Straße
- Intensive Untersuchungen im Vorfeld, wie damit umgegangen werden könne
- umfassende Öffentlichkeitsarbeit und Verteilen von Flyern
- halbseitige Sperrung der Nedlitzer Straße
- Bus- und Radverkehr weiterhin durchgehend möglich
- Angebot: Umstieg am Konrad-Zuse-Ring zur Nutzung der vorhandenen Stellplätze
- Kapazitätserweiterung im Busverkehr
- Verkehr steht seit Beginn der Baumaßnahme am 2. Mai unter ständiger Beobachtung
- Verkehrssituation ändert sich täglich
- Schleichverkehre an Engpässen – zusätzliche Beschilderung und Hinweise sind erforderlich
- Nutzung des Umstieges am Konrad-Zuse-Ring zu gering -> mehr Öffentlichkeitsarbeit erforderlich
- Anpassung der Ampelsteuerung Amundsenstraße/Potsdamer Straße
- Regelmäßige Überwachung des Baufortschritts und Prüfung von Beschleunigungsmöglichkeiten

- Zielstellung: Einschränkungen so gering und kurz wie möglich zu halten

Herr Hanisch äußert, dass er täglich mit dem Bus aus Groß Glienicke komme und die Busse voller geworden sind. Er bringt zum Ausdruck, dass der Busverkehr gut klappen würde und die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs eine gute Alternative darstelle.

Für problematisch halte er jedoch den Schleichverkehr und bittet zu prüfen, ob die Straßenbauarbeiten ggf. im Zweischichtbetrieb durchgeführt werden könnten.

Herr Jäkel bittet die Verwaltung, Beschleunigungsmöglichkeiten der Baumaßnahmen, auch durch versetzte oder verlängerte Schichten auf der Baustelle zu prüfen, um das Leid der Betroffenen Verkehrsteilnehmer und Anwohner zu lindern. Herr Niehoff sagt diese Prüfung zu.

Im Weiteren informiert Herr Rubelt über eine Terminverzögerung bei der Vorlage der Berichterstattung zum Verkehrsmonitoring. Die Verwaltung hatte angekündigt, das Prüfergebnis zum Beschluss 16/SVV/0368 Verkehrsmonitoring im zweiten Quartal 2017 vorstellen zu wollen.

Aufgrund der Komplexität können die Ergebnisse erst voraussichtlich im Oktober 2017 vorgestellt werden.

## **zu 6      Sonstiges**

Herr Putz hatte aufmerksam gemacht, dass die AOK Brandenburg eine Dienststelle in die Brandenburger Str. 72, früher Gastmahl des Meeres, verlegt und die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob der barrierefreie Zugang gewährt wird.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) bestätigt, dass eine AOK-Dienststelle in erheblichem Maße von Menschen mit Behinderungen aufgesucht wird. Entsprechend § 50 der Brandenburgischen Bauordnung umfasst die Baugenehmigung mehrere Nebenbestimmungen, die zu erfüllen sind. Die barrierefreie Erschließung wird über einen neuen Eingang an der Schopenhauer Straße gesichert. Auch für den Besuch innerhalb des Gebäudes sind entsprechende Vorgaben zu erfüllen. Zwei behindertengerechte Stellplätze sind nachzuweisen.

Herr Putz bittet auch darauf zu achten, dass ein Wendeplatz an den Stellplätzen erforderlich sei.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung und bittet zu beachten, dass die Sitzung am 13.6.2017 in der Biosphärenhalle stattfinden wird.

Die Vorstellung der Bauvorhaben wird dann erst wieder am 27.06.2017 erfolgen.

Ralf Jäkel  
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp  
Niederschrift